



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 24. Juni 2022 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die vorletzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestags vor der parlamentarischen Sommerpause – im Fachterminus auch die „sitzungsfreie Zeit“ genannt - ist heute zu Ende gegangen. In dieser Woche gab es neben den uns seit Wochen beschäftigenden Themen gestern die Ausrufung der zweiten von insgesamt drei Eskalationsstufen des Notfallplans Gas durch den Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. Dies wird im Jargon des Regelwerks auch als „Alarmstufe“ bezeichnet. Dieser Schritt kommt angesichts der angespannten Lage auf den Gasmärkten.

Die FAZ von heute weist darauf hin, dass aus den knappen Gut Gas schon in wenigen Wochen ein „versiegendes Gut“ werden kann. Das Gebot der Stunde zur Überwindung der aktuellen Gaskrise muss eine ideologiefreie Annäherung bei der Ermittlung von alternativen Energieversorgungsmöglichkeiten sein. Auch ich habe zwar meine grundsätzlichen Bauchschmerzen mit der Kernenergie. Allerdings müssen wir die jetzt aufgeworfenen Ideen zur Betriebsverlängerung der drei noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke mit der Of-

fenheit und ohne ideologische Scheuklappen angehen, die die Ernsthaftigkeit unserer Versorgungsunsicherheit angemessen Rechnung trägt.

Neben betäubenden Nachrichten aus der Ukraine und den dortigen Verlusten gibt es ein starkes Signal aus der Staatengemeinschaft der Europäischen Union: Auf dem gestrigen EU-Gipfel wurde beschlossen, der Ukraine und Moldau den Status eines EU-Beitrittskandidaten zu geben. Putin hat mit seinem Angriffskrieg, der einen zerstörerischen und destruktiven Akt gegen die zivilisierte Ordnung darstellt, genau das Gegenteil seines Ziels erreicht: Wir rücken enger zusammen; sowohl in der Europäischen Union als auch mit unseren Anrainern und Nachbarn. Der Bewertung von EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen, die dies als „guten Tag für Europa“ bezeichnete, schließe ich mich an.

Darüber hinaus beschäftigte uns in dieser Woche vor allem die Preisentwicklung in Deutschland sowie die Verschärfung der Inflationssituation in Deutschland.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte der Woche | 20. Juni - 24. Juni 2022

- Inflation und Preisentwicklung
- Ukraine-Unterstützung & EU-Aufnahmefähigkeit
- Botschaftergespräche & Vortrag bei der KAS

Inflation jetzt wirksam bekämpfen.

Die Inflation ist auf dem höchsten Stand seit fast 50 Jahren. Im Mai lagen die Preise fast acht Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Neben der Preissteigerung bei Lebensmitteln und Bedarfsgütern des Alltags tragen vor allem die explodierenden Energiepreise dazu wesentlich bei. Die Heizölpreise haben sich im Vergleich zum Mai 2021 fast verdoppelt, der Gaspreis ist um mehr als die Hälfte gestiegen. Auch Tanken ist und bleibt teuer.

Die Preissteigerung hat sich zum wichtigsten Alltagsproblem für die Bürgerinnen und Bürger entwickelt. Was die Regierung gegen die Inflation vorlegt, wird dem Ernst der Lage nicht gerecht. Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung sind Stückwerk und erreichen die Bürgerinnen und Bürger nur unzureichend. Wir brauchen jetzt eine wirksame Initiative gegen die Inflation, um einen dauerhaften Vermögens- und Wohlstandsverlust zu verhindern. Dazu zählt, dass die Bundesregierung ihre ausufernde Verschuldungspolitik beendet. Das Leben auf Kredit befeuert die Inflationsentwicklung.

Standpunkt: *Das Gebot der Stunde ist es, die Teuerspirale zu beenden und Bürgerinnen und Bürger schnell und wirksam zu entlasten. Mit unserem Antrag haben wir konkrete Forderungen an die Bundesregierung gerichtet: Die Energiepreispauschale muss auch Rentnerinnen und Rentnern, Versorgungsempfängern, Studierenden sowie Beziehern von Lohnersatzleistungen wie jungen Eltern zugutekommen. Die sog. kalte Progression muss kurzfristig,*

vollständig und rückwirkend ausgeglichen werden. Die Stromsteuer sowie der Industriestrompreis müssen gesenkt werden. Wir brauchen mehr Transparenz und Entlastung bei den Energiepreisen, eine bessere Förderung für private Photovoltaik und ein Programm der Bundesregierung zur Reduzierung des Gasverbrauchs. •

EU-Erweiterung engagiert angehen.

Die Freude über die Erklärung des Beitrittsstatus für die Ukraine und Moldau wird parteiübergreifend weitgehend geteilt, weil dies von hoher symbolischer Bedeutung ist. Durch ihren Antrag haben beide Länder zum Ausdruck gebracht, dass sie sich der Europäischen Gemeinschaft und dem europäischen Wertesystem verbunden fühlen.

Standpunkt: *Die Kriterien von Kopenhagen haben weiterhin uneingeschränkte Geltung, so dass jetzt auch eine mühsame Annäherung an EU-Standards in optimierungsfähigen Bereichen abverlangt werden kann. Mit einer engagierten Politik müssen wir auch die EU-Perspektive für die Staaten des westlichen Balkans erneuern. Die Beitrittsprozesse der sechs Westbalkanstaaten – Serbien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Albanien und Nordmazedonien – sind aus verschiedenen Gründen zum Erliegen gekommen. Diese Situation können wir uns im Hinblick auf das russische und chinesische Interesse in der Region nicht leisten. Europa darf den Westbalkan nicht verlieren. Die Bundesregierung muss insgesamt einfallsreicher, konsequenter und strategischer auf dem Westbalkan vorgehen.* •

Parlamentariergruppe trifft Botschafter.

Neben den politischen Verpflichtungen im Ausschuss sowie im Plenum standen diese Woche auch wieder einige spannende Begegnungen an.

Als Mitglied der Parlamentariergruppe Bulgarien – Moldau – Rumänien bin ich in dieser Woche zu einem politischen Mittagessen mit den Botschafterinnen von Bulgarien und Rumänien sowie dem moldauischen Botschafter zusammengetroffen. Hier stand natürlich die derzeitige Situation in der Ukraine im Fokus des Gesprächs. Gerade die Nachbarländer Moldau und Rumänien sind wichtige Partner, um die Ukraine gegen die russischen Aggressoren zu unterstützen. Selbstverständlich stand auch der Beitrittsprozess der Republik Moldau zur EU auf der Gesprächsagenda. •

Vortrag bei Adenauer-Stiftung zu ASEAN.

Ein weiterer Höhepunkt in dieser Woche stand an diesem Morgen in meinem Terminkalender. Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung habe ich im Rahmen einer Konferenz vor jungen europäischen und südostasiatischen Forscherinnen und Forschern zur Beziehung zwischen der Europäischen Union und dem südostasiatischen Staatenbund ASEAN gesprochen.

ASEAN ist ein Zusammenschluss von zehn Staaten Südostasiens, der bereits seit 1967 besteht. Ähnlich wie die EU arbeiten die Mitgliedsländer mittlerweile in vielen verschiedenen politischen Feldern zusammen. Neben einer engeren politischen und wirtschaftlichen Kooperation stehen mittlerweile auch Sicherheits- und Umweltfragen sowie kulturelle Zusammenarbeit im Blickpunkt dieser Organisation.



In meiner Keynote Speech habe ich auch Bezug genommen auf die derzeitige weltweite politische Lage, die sich mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine dramatisch verändert hat. Gerade weil viele ASEAN-Staaten eine eher ambivalente Haltung zu diesem Völkerrechtsbruch einnehmen, müssen wir den Meinungs-austausch noch enger gestalten. Schließlich lösen die chinesischen Bestrebungen in dieser Region durchaus ähnliche Befürchtungen bei vielen dieser Staaten aus.

Darum war es mir nicht nur eine Freude, sondern auch ein Anliegen, diese Position deutlich zu machen und im anschließenden engagierten Austausch mit den Konferenzteilnehmern zu diskutieren. •